

■ STEUERN UND FÖRDERUNGEN ALS STANDORTFAKTOREN

Technologischer Wandel, Realisierung von Binnenmarkt und Währungsunion, Globalisierung, Verstärkung der Multinationalität und die Reformen im öffentlichen Sektor verändern die Rahmenbedingungen für Wirtschaftsstandorte. Österreich ist in besonderem Ausmaß – und per Saldo positiv – von der Ostöffnung und der bevorstehenden Osterweiterung der EU betroffen. Die vorliegende Studie beleuchtet vorwiegend den Einfluss der Besteuerung von Unternehmen und von Änderungen in der Förderlandschaft auf die Wettbewerbsfähigkeit und Investitionstätigkeit in Österreich. Steuern und Förderungen bestimmen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Preis- oder kostenbestimmte Standortfaktoren definieren in Kombination mit Ausbildung, Forschung und Technologie sowie Infrastruktur die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes.

Zusammenfassung einer Studie des WIFO im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich: Karl Aiginger (Projektleitung), Der Einfluss von Steuern und Förderungen auf Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsdynamik in Österreich (2002, 140 Seiten, mit Beiträgen von Karl Aiginger, Michael Böheim, Serguei Kaniovski, Gerhard Lehner, Gerhard Palme, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Gerhard Schwarz, Ewald Walterskirchen und Robert Wieser; 40,00 €, Download 30,00 €: http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21121) • Bestellungen bitte an Christine Kautz, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Internationale Untersuchungen über Bestimmungsgrößen des Wirtschaftswachstums zeigen, dass das Wachstumstempo eines Landes von Investitionen, Forschung und Ausbildung abhängt; das Ausgangsniveau der Pro-Kopf-Einkommen spielt dabei eine zusätzliche Rolle, und Forschung, Humankapital und die Nutzung neuer Technologien erhalten für hochentwickelte Volkswirtschaften einen immer höheren Stellenwert. Ein Einfluss von Besteuerung und Investitionsförderungen auf Wachstum und Investitionstätigkeit lässt sich nicht immer nachweisen. Er ist – wenn gesichert – eher gering. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen bilden Steuern und Förderungen neben Arbeits-, Kapital-, Transport-, Energiekosten usw. nur einen Teil der relevanten Kostenfaktoren. Zum anderen wird das Investitionsverhalten durch eine Reihe von weiteren Faktoren bestimmt, etwa die Existenz und Qualität der wirtschaftlichen Infrastruktur, das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, die räumlichen Zugangsmöglichkeiten zu den Märkten, die Umweltstandards und die sozialen Sicherungssysteme. Vor allem aber folgen Investitionen selten kurzfristigen Gewinnmaximierungsmotiven, sondern sind vorwiegend von Marktchancen, Technologien und Innovationen bestimmt.

Dennoch gewinnt der „Steuerwettbewerb“ an Bedeutung, da viele andere Instrumente zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – wie Förderungen oder nationale Auftragsvergabe – eingeschränkt oder vereinheitlicht werden. Wegen der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration im Zeichen der Wirtschafts- und Währungsunion und des Binnenmarktes, ist daher damit zu rechnen, dass sich die

Übersicht 1: Steuerstruktur im internationalen Vergleich

1998

	Steuern vom Einkommen			Sozialversicherungsbeiträge	Steuern von der Lohnsumme	Steuern vom Vermögen	Steuern vom Verbrauch			Übrige Steuern	Insgesamt
	Insgesamt	Kapitalgesellschaften	Sonstige				Insgesamt	Umsatzsteuer	Sonstige Verbrauchssteuern		
	Steuereinnahmen in % des BIP										
Belgien	18,0	3,9	14,1	14,5	–	1,5	11,4	7,0	4,4	18,5	45,9
Dänemark	29,3	2,8	26,5	1,6	0,4	1,8	16,5	9,8	6,7	29,5	49,8
Deutschland	10,9	1,6	9,3	14,9	–	0,9	10,1	6,6	3,5	11,1	37,0
Griechenland ¹⁾	7,7	2,1	5,6	10,6	0,2	1,3	13,7	7,7	6,0	7,9	33,7
Spanien	9,6	2,5	7,1	12,1	–	2,1	10,1	5,7	4,4	9,9	34,2
Frankreich	10,5	2,7	7,8	16,4	1,0	3,3	12,0	7,9	4,1	12,5	45,2
Italien	13,9	3,0	10,9	12,5	0,1	2,0	11,7	6,1	5,6	16,4	42,7
Niederlande	10,6	4,3	6,3	16,4	–	2,0	11,4	6,9	4,5	11,2	41,0
Österreich	13,0	2,1	10,9	15,1	2,7	0,6	12,4	8,3	4,1	13,6	44,4
Schweden	21,2	2,9	18,3	14,9	2,5	1,9	11,2	7,1	4,1	21,5	52,0
Großbritannien	14,3	4,1	10,2	6,5	–	4,0	12,1	6,7	5,4	14,6	37,2
EU 15	14,6	3,5	11,1	11,4	0,5	1,9	12,3	7,3	5,0	15,2	41,3
USA	14,3	2,6	11,7	6,9	–	3,1	4,7	2,2	2,5	0,0	28,9

Q: OECD, Revenue Statistics 1965-1999, Paris, 2000. – ¹⁾ 1997.

bestehenden Unterschiede in der Unternehmensbesteuerung in Europa immer stärker auch auf die internationale Investitionstätigkeit auswirken werden (Europäische Kommission, 2001).

HOHE ABGABENQUOTE IN ÖSTERREICH

Die Abgabenquote war in Österreich im Jahr 2001 mit 45,6% um fast 4 Prozentpunkte höher als im EU-Durchschnitt (41,7%). Österreich weist damit unter den EU-Staaten nach den skandinavischen Ländern und Frankreich die vierthöchste Steuerquote auf. (Der internationale Vergleich der Abgabenquote ist allerdings teilweise durch institutionelle Faktoren verzerrt.) Der Abstand zwischen Österreich und dem EU-Durchschnitt erhöhte sich auch durch die Bemühungen, den Staatshaushalt auszugleichen. So stieg die Steuerquote in Österreich 2001 um 1,6 Prozentpunkte und lag damit um mehr als 3 Prozentpunkte über dem Wert von 1995, während sie in der EU um ½ Prozentpunkt zurückging und das Niveau von 1995 um nur 1 Prozentpunkt überstieg.

Dieser positive Abstand der Abgabenquote wird in entscheidendem Maß durch die höheren lohnsummenabhängigen Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge bestimmt: Abgaben auf die Lohnsumme (z. B. Kommunalsteuer) machen in Österreich 2,7% des BIP aus, im EU-Durchschnitt nur 0,5%. Die Sozialversicherungsbeiträge erreichen 15,1% in Österreich und 11,4% in der EU, wobei der Arbeitgeberanteil rund 60% beträgt. Der Anteil der Körperschaftsteuer am BIP liegt in Österreich bei 2,1% gegenüber 3,5% im EU-Durchschnitt.

UNTERNEHMENSTEUERLAST IM EU-MITTELFELD

Ein Vergleich der Unternehmensbesteuerung ist wegen der Unterschiede zwischen den Unternehmensformen und

der Uneinheitlichkeit des europäischen Steuersystems schwierig. Verglichen werden müssen Tarife und Effektivbesteuerung. Die Körperschaftsteuer ist ein wichtiger Indikator der Unternehmensbesteuerung, doch gilt sie nur für Kapitalgesellschaften; mehrere Länder erheben zudem zusätzliche Unternehmenssteuern, etwa auf Landes- oder Gemeindeebene. Der Tarif der Körperschaftsteuer ist in Österreich mit 34% etwas höher als im EU-Durchschnitt (31,9%). Wenn man die Unternehmenssteuern der „nachgelagerten Gebietskörperschaften“ (Länder und Gemeinden) hinzuzählt, ist der Steuersatz im EU-Durchschnitt mit 35% etwas höher als in Österreich. Die Effektivbesteuerung der Unternehmen entspricht in Österreich mit 27,9% (2001) etwa dem europäischen Mittel (gewichteter Durchschnitt 31,3%, ungewichteter Durchschnitt 28,5%). In Deutschland und Frankreich war sie 2001 deutlich höher (+7 Prozentpunkte), in Finnland und Schweden hingegen niedriger (–1½ bzw. –5 Prozentpunkte).

ARBEITSKOSTEN KNAPP ÜBER DEM EU-DURCHSCHNITT

Gemessen an den Arbeitskosten je Stunde in der Sachgüterproduktion nimmt Österreich innerhalb der EU den siebenten Rang ein; die Stunde kostete im Jahr 2000 19,6 €, um 3% mehr als im EU-Durchschnitt. Die Lohnstückkosten – sie berücksichtigen zusätzlich die Produktivität – haben sich in den neunziger Jahren gegenüber den Handelspartnern durch die Fixierung der Wechselkurse im Zuge der Realisierung der Währungsunion und durch den hohen Produktivitätsanstieg in der Sachgütererzeugung um 10% verbessert. Diese Verbesserung konzentrierte sich auf die zweite Hälfte der neunziger Jahre. Dennoch schrumpfte gerade in dieser Phase der Wachstumsvorsprung Österreichs, insbesondere weil der tertiäre Sektor langsamer expandierte als in anderen Ländern. Dies weist auf ein Defizit im Angebot an modernen Dienstleistungen hin.

Die Lohnnebenkosten entsprechen in Österreich (einschließlich der Sonderzahlungen) 90% des Leistungslohnes (ohne Sonderzahlungen 63%). Österreich nimmt damit nach Italien, Belgien und Frankreich die vierte Stelle unter den EU-Ländern ein. Eine WIFO-Studie errechnet, dass eine defizitfinanzierte Senkung der Lohnnebenkosten um 1,09 Mrd. € einen Wachstumsschub von bis zu 0,7% des BIP bewirken kann (Walterskirchen et al., 1999). Eine Lohnnebenkostensenkung hat nach dieser Studie höhere positive Effekte auf Wachstum und Beschäftigung als eine Erhöhung von Transferzahlungen oder Steuersenkungen in ähnlich hohem Ausmaß. Auch die EU-Kommission mahnte zuletzt eine Verringerung der hohen Lohnnebenkostenbelastung in Österreich ein.

REGIONALFÖRDERLANDSCHAFT WIRD 2007 NEU GEORDNET

Die Regionalförderung setzt sich zusammen aus der nationalen Förderung, für die die EU im Rahmen der „Wettbewerbskulisse“ Höchstgrenzen vorgibt, und der direkten Förderung aus den Mitteln des Struktur- und Kohäsionsfonds der EU (EU-Kofinanzierungsanteil). In der Programmperiode 2000 bis 2006 wurden die Zielbereiche auf drei Schwerpunkte reduziert, die Zielgebietskulisse verändert und Gemeinschaftsinitiativen forciert; Österreich erhält nun geringere Mittel (210 Mio. € pro Jahr). Für die weitere Entwicklung ab 2007 liegen noch keine Vorgaben vor, doch ist davon auszugehen, dass das Burgenland nicht mehr Ziel-1-Gebiet sein wird, dass die Förderkulisse weiter eingeschränkt wird und Förderungen immer mehr auf Projekte mit hoher volkswirtschaftlicher Priorität (Forschung, Bildung, Klein- und Mittelbetriebe) eingeschränkt werden (Böheim, 1998, Mayrhofer – Palme, 2001). Gemeinschaftsinitiativen mit den Beitrittsländern werden voraussichtlich verstärkt.

Die Investitionen Österreichs in Ost-Mitteuropa (MOEL) haben sich in den neunziger Jahren verzehnfacht. Ihr Anteil am Gesamtkapital der österreichischen Direktinvestitionen stieg von 4% auf fast 50%. Für rund drei Viertel der Unternehmen sind Marktmotive ausschlaggebend; steuerliche Überlegungen und Unterschiede zwischen den Arbeitskosten spielen – mit Ausnahme einiger arbeitsintensiver Branchen – keine Rolle. Der Dienstleistungssektor trägt 58% der Direktinvestitionen bei, der Sachgüterbereich 40,4% (vor allem Nahrungsmittel-, Papier-, chemische und Baustoffindustrie). In Zukunft wird die vertikale Arbeitsteilung mit Auslagerung eines bestimmten Teils der Wertschöpfungskette größere Bedeutung erhalten. Damit können österreichische Unternehmen in den Genuss der Ziel-1-Gebiet-Förderung kommen und Vorteile aus der EU-Erweiterung erzielen, die anderen EU-Ländern wegen der größeren Entfernung nicht offen stehen.

Nach den heute gültigen Kriterien werden die meisten Regionen der MOEL zu Ziel-1-Gebieten (Ausnahme:

Übersicht 2: Auswirkungen der Änderungen der Strukturfondspolitik der EU durch die Agenda 2000 auf die realen Direktinvestitionsbestände in der EU

	Kurzfristige Effekte Veränderung der realen Bestände von passiven Direktinvestitionen gegenüber einem Basisszenario ohne Politikänderung in %	Langfristige Effekte
Belgien, Luxemburg	-3,8	- 7,2
Dänemark	-3,9	- 7,4
Deutschland	+0,2	+ 0,3
Griechenland	+0,4	+ 0,8
Spanien	-0,5	- 0,9
Frankreich	-3,0	- 5,7
Irland	-8,3	-15,9
Italien	-0,6	- 1,1
Niederlande	-1,1	- 2,0
Österreich	-3,7	- 7,1
Portugal	-1,2	- 2,3
Finnland	-3,0	- 5,8
Schweden	-1,0	- 1,9
Großbritannien	-3,4	- 6,6
EU 15	-2,4	- 4,5

Modellsimulationen einer Veränderung der Verteilung von Strukturfondszahlungen (einschließlich Kohäsionsfondszahlungen; real, auf Dollarbasis, zu Preisen von 1995) zwischen den Programmperioden 1995/1999 und 2000/2006 aufgrund der Schätzungen mit dem Gravitationsmodell von Breuss – Egger – Pfaffermayr (2001).

Hauptstadregionen). Dadurch verliert die wirtschaftspolitische Förderung von (aktiven) Direktinvestitionen an Priorität. Dennoch könnte es in Teilbereichen (etwa im Dienstleistungssektor) sinnvoll sein, Maßnahmen zur Unterstützung der vertikalen Arbeitsteilung mit den MOEL zu setzen oder die Vernetzung der Regionen etwa in den grenzüberschreitenden Programmen zu forcieren.

QUANTITATIVE SCHÄTZUNG DER EFFEKTE VON STEUERREFORMEN UND WEGFALL DER STRUKTURFONDS

Die Literatur bescheinigt staatlichen Förderungen im Wesentlichen einen positiven Effekt auf die private Investitionstätigkeit („Crowding-In“). In der Folge der Verringerung bzw. des Wegfalls von EU-Regionalförderungen ist demnach mit negativen Auswirkungen auf die Investitionen zu rechnen. Unterschiedliche Informationsquellen (internationale Studien, Gravitationsmodell für Direktinvestitionen, User-Cost-Analyse) ergeben allerdings ein breites Spektrum und große Unsicherheit über das Ausmaß der Wirkungen von Regionalförderungen. Da Österreich unter dem Gesichtspunkt der Kosten als Wirtschaftsstandort relativ zu den MOEL an Attraktivität verliert, ist jedenfalls mit einem Rückgang der passiven Direktinvestitionen im Inland bei gleichzeitigem Anstieg der österreichischen Investitionen in den MOEL zu rechnen. Ein WIFO-Modell (Breuss – Egger – Pfaffermayr, 2001) schätzt den Einfluss der sich abzeichnenden Veränderung der Strukturfondsmittel auf die passiven Direktinvestitionen in Österreich auf kurzfristig -3,7% und langfristig -7,1% (Übersicht 2).

Die Verringerung der EU-Regionalförderungen verschlechtert zwar die Attraktivität für passive Direktinvestitionen, begünstigt aber die vertikale Arbeitsteilung. Berei-

che, in denen die Kosten geringqualifizierter Arbeit der wichtigste Produktionsfaktor sind, werden abwandern (Auslagerung). Eine vertikale Arbeitsteilung bedeutet aber nicht, dass der Wirtschaftsstandort Österreich aufgegeben würde. Vielmehr wird der Standort aufgewertet, da sich durch die Auslagerung von arbeitsintensiven Produktionsprozessen in Österreich Unternehmenstätigkeiten mit höherer Wertschöpfung konzentrieren. Österreich ist durch seine Nähe zu den MOEL insofern besonders begünstigt, als die Unternehmen die Möglichkeiten der vertikalen Arbeitsteilung zu niedrigen Transaktionskosten nützen können.

Eine ökonometrische Schätzung der Effekte von Veränderungen im Bereich der Steuern und Förderungen wurde auch mit einem Investitionsmodell durchgeführt, in dem die Investitionen des Sachgüterbereichs abhängig sind von den Nettogewinnen und den Kapitalnutzungskosten. Beide Variablen erweisen sich – wie auch überwiegend in der Literatur – als signifikant. Die Elastizität der realen Investitionen auf die Nettogewinne beträgt 0,21, jene der Kapitalnutzungskosten $-0,16$. Eine Zunahme der Gewinne um 10% bedeutet demnach eine Steigerung der Investitionen um 2,1%, während eine Erhöhung der Kapitalnutzungskosten um 10% die Investitionen um 1,6% dämpft. Die Koeffizienten sind signifikant, aber doch mit einer gewissen Bandbreite, und unterschiedliche Modellspezifikationen ergeben unterschiedliche quantitative Effekte.

Die gewählte Gleichung zeigt – ähnlich wie internationale Studien – den Einfluss der Steuern und der Kapitalnutzungskosten, der aber von anderen Einflüssen wie Nachfrageänderungen und technologischem Wandel überlagert werden kann. Unterstellt man, dass Regionalförderungsmittel im Ausmaß von 72,7 Mio. € pro Jahr wegfallen (entsprechend dem EU-Kofinanzierungsanteil), so verringern sich die Investitionen dadurch um 0,3%. Im Gefolge einer fiktiven Steuersenkung, die der Verringerung der Effektivbelastung der Unternehmen durch die jüngste Steuerreform in Deutschland entspricht, würden sich die Investitionen um 1,15% erhöhen. Als Nettoeffekt ergäbe sich ein Anstieg der Investitionen um etwas weniger als 1% (rechnerisch 0,87%).

DAS STANDORTPROFIL: STÄRKEN UND SCHWÄCHEN ÖSTERREICHS AUS SICHT DER UNTERNEHMEN

Eine umfassende Untersuchung des WIFO über Bestimmungsfaktoren der Standortqualität aus dem Jahr 1997 (Aiginger – Peneder, 1997) hat die Bedeutung staatlicher Institutionen und Aktivitäten betont: Rechtssicherheit und Leistungsfähigkeit der Verwaltung, integrationspolitische Weichenstellung im Prozess der Schaffung von Binnenmarkt und Währungsunion, Bildungssystem und Öffnung der Märkte. Als besondere Stärke Österreichs wurden das

gesellschaftliche Umfeld und die Qualifikation der Arbeitskräfte gesehen. Negativ wurden in ihrer Gesamtheit die Produktionskosten, Qualität und Ausgabenniveau von Forschung und Entwicklung sowie (mit der schlechtesten Note) das Regulierungssystem beurteilt. Innerhalb der Kostenfaktoren sahen sich Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit am meisten durch die Steuerbelastung betroffen.

Seit dieser Umfrage haben sich einerseits wichtige Rahmenbedingungen (Liberalisierung von Energie- und Telekomsektor, Beschleunigung der Betriebsanlagengenehmigung, Schritte zur Verwaltungsreform), andererseits durch den jüngsten Konjunkturausschlag das wirtschaftliche Umfeld verändert. In einer neuen Unternehmensbefragung (November/Dezember 2001) wurde im Rahmen der vorliegenden Studie die aktuelle Sicht der Unternehmen bezüglich einer engeren Auswahl von Standortfaktoren ermittelt. Erhoben wurde im Besonderen die Einschätzung von Steuerbelastung, Lohnnebenkosten und Förderungen auch im Hinblick auf die Steuerreform in Deutschland und die bevorstehende Osterweiterung der EU.

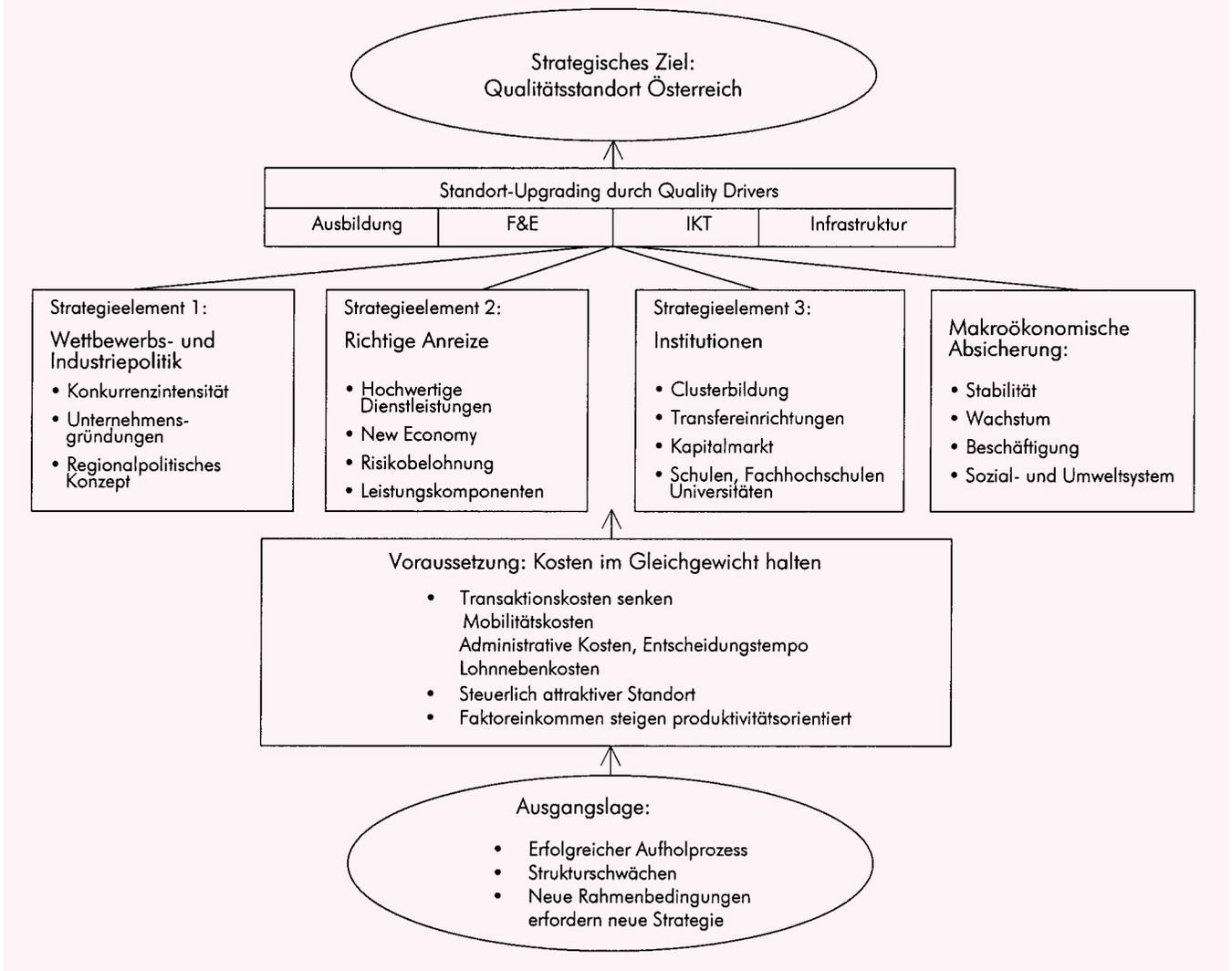
SENKUNG DER LOHNNEBENKOSTEN IST WICHTIGSTES ANLIEGEN

Als wichtigste Maßnahme zur Erhöhung der Attraktivität des Standortes Österreich erschien den Unternehmen dabei die Senkung der Lohnnebenkosten (56% der Unternehmen) vor der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte (14%) und der Senkung der Unternehmenssteuern (11%). Geringere Bedeutung haben Verwaltungsvereinfachung, Forcierung von Forschung und Entwicklung, Ausbau der Infrastruktur und der Förderungen. Eine Steuerreform nach dem Muster Deutschlands, durch die die Steuersätze für Unternehmen gesenkt und im Gegenzug Steuerbegünstigungen eingeschränkt würden, befürworteten 53% der Befragten. 34% würden einer solchen Reform neutral gegenüberstehen, nur 6% reagierten ablehnend.

Die Mehrzahl der Unternehmen erwartet aus dem oben diskutierten Verlust an Regionalförderungen ab 2007 keine wesentlichen Veränderungen, 40% rechnen mit namhaften Effekten. Die Auswirkungen der Erhöhung des Konkurrenzdrucks aus den Beitrittsländern und der Verbesserung der Chancen zur Markterschließung werden gleich hoch eingeschätzt. Weniger häufig werden Chancen zur Auslagerung von Produktionsschritten und Beteiligungen oder Joint Ventures in diesen Regionen genannt. Mit einer Verringerung ihrer Investitionen im Inland rechnen die Unternehmen kaum, hier schätzen allerdings die kleineren Unternehmen die Aussichten pessimistischer ein als der Durchschnitt. Unternehmen mit Erfahrung im Osten sind bezüglich der Marktchancen am zuversichtlichsten.

Wenn Unternehmen wählen können zwischen niedrigerer Steuerbelastung und höheren Förderungen, bevorzugen

Abbildung 1: Qualitätsstrategie zur Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Österreich



sie mit überwältigender Mehrheit die Entlastung von Steuern – nur 11% würden eine Ausweitung der Förderungen vorziehen. Unter den förderpolitischen Maßnahmen sprechen sich gleich viele für die Förderung von Produktionsanlagen und Betriebsgebäuden wie für Förderungen in den Bereichen Technologie, Innovation und Forschung aus. Angesichts der Tatsache, dass nur ein kleiner Teil der Unternehmen Forschung betreibt, ist dies ein wichtiges Indiz für das Bewusstsein der Wichtigkeit von Eigenforschung. Immerhin 21% der Unternehmen würden Förderungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern befürworten. Kleinunternehmen räumen diesen Maßnahmen ein überdurchschnittliches Gewicht ein. Für Tochterunternehmen internationaler Konzerne und für Unternehmen mit Ostbeteiligungen hat die Forschungs- und Technologieförderung den höchsten Stellenwert.

DYNAMISCHE ENTWICKLUNG TROTZ STRUKTURSCHWÄCHEN

Die österreichische Industrie wuchs in den letzten Jahrzehnten stärker als die der europäischen Handelspartner

und hat ihren internationalen Marktanteil erhöht (von 2,4% der Exporte der EU im Jahr 1985 auf 3,2% im Jahr 2000). Die Produktivität stieg rascher als im Ausland – Österreich war eines der vier europäischen Länder, in denen sich die Produktivitätssteigerung in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre beschleunigte und ähnlich kräftig war wie in den USA. Gemessen am Niveau der Arbeitsproduktivität liegt Österreich in der Spitzengruppe der EU-Länder. Diese Wachstumserfolge wurden trotz einer ungünstigen Industriestruktur erzielt: Ein gemessen am europäischen Durchschnitt zu geringer Anteil der Produkte wird technologieintensiv erzeugt, zugleich ist der Bedarf an höchstqualifizierten Beschäftigten und an wissensintensiven Dienstleistungen zu gering.

Nach dem jüngsten Innovationsbericht der EU (*European Commission, 2001*) liegt Österreich gemessen an Indikatoren der Wirtschaftsdynamik gemeinsam mit Belgien nur an 9. Stelle der EU-Länder. Eine schlechtere Wertung erhalten nur die vier südlichen Mitgliedsländer der EU (und Luxemburg, für das unvollständige Werte vorliegen). Auch zeigt sich in den neunziger Jahren kein Aufholprozess, so dass Österreich hinsichtlich der Innovationsperformance

Übersicht 3: Defizite in dynamischen Branchen

	Österreich			EU			Österreich		
	1985	1990	1998	1985	1990	1998	1985	1990	1998
	Anteile von Branchentypen an der Wertschöpfung in %						Differenz gegenüber dem EU-Durchschnitt in Prozentpunkten		
Traditionelle Sachgütererzeugung	24,21	24,87	26,57	24,87	25,43	25,45	- 0,66	- 0,56	+1,12
Arbeitsintensive Branchen	21,45	21,80	20,13	16,19	16,56	15,55	+ 5,25	+ 5,24	+4,58
Kapitalintensive Branchen	18,49	17,50	15,23	16,94	15,65	14,97	+ 1,55	+ 1,85	+0,26
Marketingorientierte Branchen	24,84	23,98	23,91	20,38	20,51	21,11	+ 4,46	+ 3,48	+2,80
Technologieorientierte Branchen	11,01	11,85	14,16	21,62	21,85	22,92	-10,61	-10,00	-8,76
Branchengruppierung nach der überwiegenden Qualifikation der Arbeitskräfte									
Niedrige Qualifikation	41,81	37,87	30,39	32,32	31,40	29,93	+ 9,49	+ 6,47	+0,46
Mittlere Qualifikation („blue collar“)	20,49	22,07	24,53	20,50	21,36	22,53	- 0,01	+ 0,70	+2,00
Mittlere Qualifikation („white collar“)	26,39	28,59	31,97	30,69	30,42	30,86	- 4,30	- 1,83	+1,10
Hohe Qualifikation	11,31	11,47	13,11	16,49	16,81	16,67	- 5,18	- 5,34	-3,57
Branchengruppierung nach dem Nachfrageschwerpunkt									
Wissensintensive Dienstleistungen	9,70	10,44	12,40	18,61	18,22	19,23	- 8,90	- 7,79	-6,83
Marketing und Handel	28,01	28,01	25,26	26,96	27,57	27,92	+ 1,05	+ 0,44	-2,66
Transportdienstleistungen	30,09	29,90	32,39	23,78	24,05	23,57	+ 6,31	+ 5,84	+8,82
Sonstige	32,20	31,66	29,95	30,65	30,16	29,28	+ 1,54	+ 1,50	+0,67

Q: Eurostat, Structural Business Statistics; Branchentypologien nach Peneder (2001).

in die Kategorie „unterdurchschnittlich und verschlechtert“ gereiht wurde. Die verwendeten Indikatoren messen die Positionierung Österreichs bezüglich jener Faktoren, die auch in der Wachstumstheorie als wichtige Determinanten der Dynamik einer Volkswirtschaft gelten. Österreich schneidet nach 14 Kenngrößen unterdurchschnittlich ab, besonders deutlich nach den Indikatoren „Beteiligung an tertiärer Bildung“, „Patente je Einwohner“ und „attraktive Finanzierung im High-Tech-Bereich“ (Venture Capital).

Einige Gründe, die es der österreichischen Sachgütererzeugung in der Vergangenheit erlaubten, mit geringen Zukunftsinvestitionen erfolgreich zu sein, fallen zunehmend weg: So ist der Aufholprozess abgeschlossen und die Makrosteuerung schwieriger geworden (Peneder et al., 2001). Gleichzeitig gewinnen andere Produktionsstandorte an Bedeutung, die jene Rolle spielen können, die Österreich bisher erfolgreich nutzte: importierte Technologie mit mittlerer Qualifikation zu kombinieren. Diese Situation hat neben der verschärften Standortkonkurrenz für Österreich aber durchaus auch Vorteile: Die Steigerung von Eigenentwicklungen und die Übernahme dispositiver Verantwortung durch Regionalzentralen ermöglichen höhere Einkommen und sichere Arbeitsplätze. Unternehmen, Arbeitnehmer und die Wirtschaftspolitik müssen diese Strategie jedoch aktiv verfolgen.

DREI STRATEGIELINIEN UND IHRE MAKROÖKONOMISCHE ABSICHERUNG

Eine „Qualitätsstrategie“ kann der österreichischen Sachgütererzeugung den Übergang aus der Phase des erfolgreichen Aufholprozesses in die durch Eigenentwicklungen und Managementfunktionen bestimmte Rolle erleichtern. Sie muss mehrere Strategielinien verfolgen, die in der vorliegenden Studie nur skizziert, nicht aber im Detail ausgeführt werden.

- Strategieelement 1 – Wettbewerbs- und Industriepolitik: Dazu zählen Maßnahmen zur Stärkung der Wettbe-

werbsintensität und Wettbewerbsstärke, die Forcierung von Unternehmensgründungen und -wachstum und die Entwicklung von Regionalkonzepten.

- Strategieelement 2 – Verbesserung der Anreizstrukturen: Diese Linie umfasst Maßnahmen zur Begünstigung hochwertiger Dienstleistungen und der New Economy, Entlastung des Faktors Arbeit, Finanzierungsneutralität des Steuersystems (z. B. durch Begünstigung nicht entnommener Gewinne oder Eigenkapitalverzinsung).
- Strategieelement 3 – Forcierung von unterstützenden Institutionen: Dazu zählen Aktivierung des Kapitalmarktes, Unterstützung von Clusterbildung, Einrichtung oder Verbesserung von Ausbildungsinstitutionen von der Lehre über berufsbildende Schulen, Fachhochschulen bis zu Universitäten und der Wissenstransfer zwischen Universitäten und Wirtschaft.
- Makroökonomische Absicherung: Eine wachstums- und stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik mit Vollbeschäftigung und intaktem Sozial- und Umweltsystem bietet den besten Rahmen für Strukturwandel und Innovation.

Die Basis, auf der diese Qualitätsstrategie aufbaut, ist eine auch preislich wettbewerbsfähige Wirtschaft. Steuerentlastungen sollen so gestaltet und die verbleibende Regionalförderung so genutzt werden, dass sie auch gleichzeitig optimal in die Richtung der Gesamtstrategie wirken. Das strategische Ziel ist es, die Produktion aus dem Sektor mit intensivem Preiswettbewerb in ein Segment stärkerer Qualitätskonkurrenz zu verlagern. Das ist umso wichtiger, als die Preiskonkurrenz durch die Osterweiterung zunehmen wird. Eine Qualitätsstrategie ist die Voraussetzung für langfristig steigende Faktoreinkommen.

LITERATURHINWEISE

Aiginger, K., Peneder, M., Qualität und Defizite des Industriestandorts Österreich, WIFO, Wien, 1997.

- Böheim, M., „Die Zukunft der Wirtschaftsförderung in Österreich. Der Reformbedarf des Systems aufgrund geänderter Rahmenbedingungen“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(4), S. 281-287.
- Breuss, F., Egger, P., Pfaffermayr, M., The Impact of Agenda 2000's Structural Policy Reform on FDI in the EU, Journal of Policy Modeling, 2001, 23(7), S. 811-824.
- Europäische Kommission, Ein Binnenmarkt ohne steuerliche Hindernisse – Strategien zur Schaffung einer konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage für die grenzüberschreitende Unternehmenstätigkeit in der EU, KOM(2001) 582, Brüssel, 2001.
- European Commission, „2001 Innovation Scoreboard“, Commission Staff Working Paper, 2001.
- Mayerhofer, P., Palme, G., Preparity – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung. Teilprojekt 15: Wirtschaftspolitische Empfehlungen auf Basis der Analyseergebnisse, WIFO, Wien, 2001.
- Peneder, M., „Eine Neubetrachtung des ‚Österreich-Paradoxon‘“, WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(12), S. 737-748.
- Peneder, M., Aiginger, K., Hutschenreiter, G., Marterbauer, M., Structural Change and Economic Growth, WIFO, Wien, 2001.
- Walterskirchen, E., Huber, P., Lehner, G., Weber, A., Möglichkeiten und Auswirkungen einer Senkung der Lohnnebenkosten, WIFO, Wien, 1999.

KARL AIGINGER
(PROJEKTLEITUNG)

■ DER EINFLUSS VON STEUERN UND FÖRDERUNGEN AUF WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND INVESTITIONSDYNAMIK IN ÖSTERREICH

Österreich gehört heute zu den EU-Ländern mit überdurchschnittlicher Lohnhöhe und Produktivität. Der Wachstumsvorsprung ist in jüngster Zeit jedoch verloren gegangen, und wegen der geplanten oder tatsächlichen Steuersenkungen in einigen EU-Ländern sowie der Konkurrenz der Beitrittswerber in Ost-Mitteleuropa sind Befürchtungen bezüglich der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich aufgekommen: Österreichs Steuerquote ist die vierthöchste unter den EU-Ländern. Mit dem Verlust anderer Instrumente der Standortpolitik wird der Steuersatz zu einem der verbleibenden Orientierungsfaktoren für die Wahl des Produktionsstandortes multinationaler Unternehmen.

Eine Qualitätsstrategie ist nötig, um den Standort Österreich aufzuwerten und die Produktion aus Sektoren mit intensivem Preiswettbewerb in Segmente mit stärkerer Qualitätskonkurrenz zu verlagern. Ihre vier Kernelemente („Quality Drivers“) sind Ausbildung, Forschung, Nutzung neuer Technologien und eine moderne Infrastruktur. Sie stützt sich auf die Wettbewerbs- und Industriepolitik, eine Verbesserung der Anreizstrukturen und die Forcierung von unterstützenden Institutionen.

- *Steuern und Arbeitskosten*
Steuersätze – Lohnkosten und Lohnnebenkosten als Standortfaktor – Steuern als Wettbewerbsfaktor und Wachstumsdeterminante
- *Die Veränderung der Förderlandschaft und ihre Auswirkung auf Investitionsentscheidungen*
Die EU-Förderlandschaft – Wirkung von Regionalförderungen – Investitions- und Kooperationsmotive österreichischer Unternehmen in den MOEL – Auswirkungen der Reform der Strukturpolitik in der Agenda 2000 auf die passiven Direktinvestitionen in der EU
- *Unternehmenssteuern und Förderungen als Standort- und Investitionsdeterminanten*
Quantitativer Einfluss auf die Investitionen – Österreichs Standortprofil – Produktionskosten als Investitions- und Standortdeterminanten – Die Sicht der Unternehmen in der Befragung 2001
- *Upgrading von Standorten*
Veränderung der Rahmenbedingungen – Strategien bei zunehmender Konkurrenz – Die österreichische Position – Elemente einer Qualitätsstrategie
- *Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen*

Mit Beiträgen von Karl Aiginger, Michael Böheim, Serguei Kaniovski, Gerhard Lehner, Gerhard Palme, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Gerhard Schwarz, Ewald Walterskirchen und Robert Wieser • Im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich • 2002 • 140 Seiten • € 40,00 • Download € 30,00

Download: http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21121

MONOGRAPHIEN

2001 • 164 pages •
€ 36,34

Structural Change and Economic Growth

Michael Peneder (Coordinator), Karl Aiginger, Gernot Hutschenreiter, Markus Marterbauer

2001 • 160 Seiten •
€ 65,41

Energieszenarien bis 2020

Kurt Kratena, Stefan Schleicher

Conference Report
December 2001

52nd Euroconstruct Conference: The Outlook for the European Construction Sector 2001-2003

Summary Report € 750 • Country Reports € 750 • Länderbericht Österreich € 150

2002 • 274 Seiten •
€ 35,00

Systeme der Förderung des Universitätsstudiums im Ausland

Gudrun Biffel, Julia Bock-Schappelwein (WIFO), Christian Ruhs (BMAA)

2002 • 255 bzw.
200 Seiten • Jeweils
€ 35,00 • Download
jeweils € 27,00

Analyse der Wiener Wirtschaftsaktivitäten:

Teil I – Analyse, Teil II – Branchenprofile

Peter Huber et al.

Downloads: http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search?p_typeid=100&p_language=1&p_type=0 • Bestellungen: Christine Kautz, A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

www.ueberreuter.com

- versand ■
- logistik ■
- offsetdruck ■
- abo-service ■
- digitaldruck ■
- druckberatung ■
- personalisieren ■
- fulfillment-service ■
- dto ■
- setz/repro ■
- grafik-beratung ■
- intranet/internet ■
- datenkonvertierung ■
- digitale fotografie ■
- datenbank-management ■
- cross-media-publishing ■



ueberreuter
Print und Digimedi@